



Fachtechnische Auflagen

Tanklöschfahrzeug (TLF) 3000 mit Staffelkabine Feuerwehr Offingen

Das Fahrzeug muss den Anforderungen der DIN 14530-22 (Ausgabe 11/2019) entsprechen und mindestens die Standardbeladung nach Tabelle 1 verlastet haben, sowie die Zusatzbeladung „Bayern“ gem. IMS D2-2241-5-61 vom 03.05.2019. Abweichend von der Norm darf die zulässige maximale Fahrzeugmasse 16.000 kg betragen.

Zusätzlich zur Normbeladung vorgesehene feuerwehrtechnische Geräte und Ausrüstungsgegenstände sind nach DIN EN 1846-2 und § 5 der Unfallverhütungsvorschriften „Feuerwehren“ auf dem Fahrzeug zu lagern. Die zulässige Gesamtmasse darf dadurch nicht überschritten werden. Bereits am Standort vorhandene Geräte und Ausrüstungsgegenstände, die zur Beladung des Fahrzeugs verwendet werden sollen, müssen den geltenden technischen Vorschriften (Normen, Güte- und Prüfvorschriften, etc.) entsprechen.

Der beantragten Ausrüstung mit einer Seilwinde (mechanische Zugeinrichtung) wird nicht zugestimmt.

Die ordnungsgemäße Unterbringung im Feuerwehrgerätehaus muss sichergestellt sein (Vorgaben der DIN 14092 Teil 1, sowie die Unfallverhütungsvorschrift GUV-I 8554).

Das Fahrzeug muss vor Auslieferung durch einen amtlich anerkannten Sachverständigen für den Kraftfahrzeugverkehr bzw. einen von einem Land eingesetzten Beauftragten für die Abnahme von Feuerwehrfahrzeugen abgenommen werden. Die Abnahme kann auch von dem bei den Berufsfeuerwehren mit der Abnahme von Feuerwehrfahrzeugen Beauftragten vorgenommen werden. Über das Abnahmeergebnis ist ein Abnahmeprotokoll zu erstellen. Hierüber ist der Auftragnehmer durch den Beschaffer im Auftragsschreiben zu verpflichten.

Das Abnahmeprotokoll ist vorgegeben (Anlage 5 der FwZR).

Der Zuwendungsempfänger hat mit der Verwendungsbestätigung das Abnahmeprotokoll vorzulegen und ggf. die ordnungsgemäße Beseitigung der Mängel zu bestätigen.

Der Kreis-/Stadtbrandrat hat anhand der beiliegenden Beladeliste zu überprüfen und zu bestätigen, dass das Fahrzeug vollständig beladen ist. Die Beladeliste ist mit der Verwendungsbestätigung ausgefüllt der Regierung vorzulegen. Ebenso ist eine Kopie der Zulassungsbescheinigung Teil I (bisher Fahrzeugschein) erforderlich.